

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Klumpp, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Klumpp & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher: 1811. Für Salzwitz 1967, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen. — Einzelhefte 3 Pf. monatlich 1,15 Mk. Bei den Kolonialhandlungen 3,75 Mk. monatlich 1,25 Mk. ohne Postgebühren. — Anzeigenpreisliste Seite 416. — Anzeigengebühren: die 7gehaltene Kolonialzeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Ausland 45 Pf. — Anzeigen-Rabatt gibt bestören, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 6256 Berlin.

Nr. 20.

Magdeburg, Donnerstag den 24. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Die österreichische Sphing.

In Oesterreich-Ungarn haben sich in der letzten Woche wichtige Dinge ereignet, die politische Wirkungen auslösen haben. Der „Vorwärts“ hat die Ereignisse besprochen und ist deswegen auf drei Tage vom Berliner Oberkommando verboten worden. Dadurch wurde am Dienstag der Hauptauschuss des Reichstags in Bewegung gesetzt.

Der Hauptauschuss sollte nach einer getroffenen Vereinbarung am Dienstag seine Sitzung ausfallen lassen, damit der Unterausschuss Zeit hat, den Antrag Seine zu beraten. Abg. Ebert bemerkte aber, daß die Sozialdemokraten Wert darauf legen müßten, sofort das Verbot des „Vorwärts“ zur Sprache zu bringen. Das Verbot sei in der rigorosesten Weise erfolgt. Man verbietet der Presse, die Öffentlichkeit über die hochwichtigen Vorkommnisse in Oesterreich zu informieren.

Der Ausschuss erkannte die Dringlichkeit dieser Erörterungen an.

Abg. Ebert:

Das Verbot des „Vorwärts“ setzt den Beschwörern, die hier über die Zensur vorgebracht worden sind, die Krone auf. Während wir hier beraten, spielen sich in Oesterreich und in Ungarn Dinge von tief einschneidender Bedeutung ab. Wegen Kürzung der Redaktionen kam es in Wien zu Differenzen mit der Arbeiterschaft. Diese Bewegung dehnte sich aus über ganz Oesterreich und über Ungarn. Am Freitag stand in diesen Ländern das Wirtschaftsleben still.

Die Bewegung hatte einen politischen Charakter angenommen, sie zeigte sich zu einem Protest gegen das Verhalten unserer Unterhändler in Pest-Budapest.

besonders gegen die Rede des Generals Hoffmann. Diese Vorgänge wurden in der ganzen Welt bekannt, in Deutschland wurde man nicht davon. Wir waren von Oesterreich-Ungarn völlig abgeschnitten. Dennoch waren die dortigen Vorgänge bereits am Sonntagabend in Berlin im Gespräch. Angeblich sollte es in Prag und Budapest zu Straßenkämpfen gekommen und in Prag die Republik ausgerufen werden sein. Im Berliner Auswärtigen Amt wurde man am Sonntagabend — nichts! Eine Bitte der Vertreter der Parteien um Informationen wurde nicht erfüllt werden. Der Presse wurde am Sonntag

ernannt verboten, über diese Vorgänge

etwas zu bringen. Aber die Erklärung des Generalen Ebert in dürfte befreit werden, und daraus konnte man auf die Vorgänge schließen. Der „Vorwärts“, das einzige Arbeiterblatt Berlins, war in einer schlimmen Lage. Von allen Seiten wurde er bestrahlt, Auffklärung zu geben. Er brachte dann am Montag einen Bericht über die Verhandlungen des Budgetausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses, insbesondere die Rede Adlers und einiger bürgerlichen Abgeordneten. Das haben andere Blätter, auch in der Provinz, ebenfalls getan. Die „Deutsche Zeitung“ hat am Montag morgen den Streik sofort im Sinne der Alldeutschen unter heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie ausgeschlachtet. Am Montag mittag brachte die „S. Z.“ Nachrichten über den Streik, die die Zensur passierten hatten. Der „Vorwärts“ aber ist verboten worden. Dieses Verbot ist unter diesen Umständen ein einseitig parteiliches Vorgehen, eine

Heranzuforderung der sozialdemokratischen Partei

und der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Diese Forderung ist um so unerhörter, als alle Welt von den Vorgängen wußte, nur in Deutschland durfte man nicht erfahren. Wie soll unter diesen Umständen das Ausland Vertrauen haben zu der deutschen Presse? Die Militärbehörde zwingt die Presse, alle diese Nachrichten zu unterschlagen. Und das in einer Zeit, in der die Alldeutschen ungeduldet gegen Oesterreich stehen. Zur selben Zeit, in der wir hier uns über die Gesundheitszustände besprechen, holt die Zensur aus zu einem

Schlage gegen den Reichstag.

Der Reichstag ist es seiner Würde schuldig, dagegen den schärfsten Protest zu erheben; der Reichstag muß die Presse in Schutz nehmen. Es ist charakteristisch, daß das Verhalten unserer Unterhändler in Pest-Budapest diese ungeheure Infragestellung in Oesterreich hervorrief. Ich habe gegen das Auftreten des Generals Hoffmann hier bereits am Mittwoch Protest erhoben und keinen Zweifel daran gelassen, daß die Methode des Generals Hoffmann den Frieden gefährden müsse. Die Rede Adlers mußte veröffentlicht werden, nachdem die politische Ansprache hier im Ausschuss als vertraulich erklärt und verzögert wurde. Wir

begreifen dies Vorgehen des Reichstags

in Oesterreich und Ungarn und beiden die ganze Spannung aus. Sie dürfen behaupten sein, wenn es sein mag, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daraufsetzen, um zu verhindern, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts durchkreuzt werden.

Major Gran:

Aus Oesterreich sind die widersprechendsten Nachrichten gekommen, deren Veröffentlichung eine Erklärung unserer Verbündeten zu unseren Verbündeten befehlen ließ. Deshalb das Verbot der Besprechung der dortigen Vorgänge. Dieses Verbot ist

Montag mittag aufgehoben worden. Der „Vorwärts“ ist verboten worden, weil er, entgegen seinem Versprechen, ein Zensurverbot durchbrechen hat.

Vom Zentrum wird beantragt, die Beratungen bis 1/2 Uhr zu unterbrechen.

Abg. Scheidemann

stellt fest, daß der „Vorwärts“ kein Zensurverbot durchbrochen hat. Er hat lediglich die Rede Adlers gebracht, für diese aber bestand kein Verbot. Die Rede enthält nicht viel über den Zustand, sondern behandelte die Vorgänge im Brief-Votum. Damit hat der „Vorwärts“ dem deutschen Volk einen Dienst erwiesen. Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen.

Spielen Sie nicht mit dem Feuer.

Der Redaktion ist zwei Stunden vor dem Verbot durch einen Offizier telefonisch die Frage vorgelegt worden, ob sie wisse, daß sie ein Zensurverbot verletzt habe; sie antwortete: „Nein, wir haben die Vorschriften der Zensur stets beachtet.“ Dann erfolgte das Verbot. Die Besprechung der österreichischen Vorgänge steht für die ganze Berliner Presse noch immer unter Zensur.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte auf eine Anfrage, daß man in kurzer Zeit kein Referat über die Vorgänge in Oesterreich erstatten könne.

Abg. Haase (Unabh. Soz.) weist auf den Fehler hin, den man mit der Simultarberichterstattung der politischen Debatte gemacht habe. Man müsse auch feststellen, ob die Zensur das Mediz hatte, diese Nachrichten zu unterdrücken.

Darauf trat eine Pause ein. Unterhändlersekretär v. d. Busche teilt vertrauliche Depeschen mit, die über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn beim Auswärtigen Amt eingegangen sind.

Major Gran

teilt noch mit, daß der Chef des Kriegs-Pressenamts die Vertreter der Presse eingehend über das Verbot der Berichterstattung der Vorgänge in Oesterreich informiert habe. Die Entente habe diese Vorgänge mit Jubel begrüßt. Der Zensurverbot war am Sonntagabend bekannt, daß zwei Blätter, darunter der „Vorwärts“, Artikel vorbereitet hatten. Die Redaktionen wurden gebeten, die Artikel zurückzustellen. Der „Vorwärts“ hat das nicht getan, sondern auch noch einen andern Artikel gebracht, der die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat betonte. Diese Anhebungen des „Vorwärts“ sind auch von den Berliner Pressevertretern nicht gebilligt worden. Gegen weitere Blätter soll nicht mehr eingeschritten werden.

Abg. Haase:

Die Gründe, auf die sich die Zensur stützt, sind geradezu ungeheuerlich. Ist denn der Zensurverbot gar nicht bekannt, daß die österreichische Presse eingehend über die dortigen Vorkommnisse berichtet hat? England konnte sich aus diesen Mätern informieren. Deshalb hatten die Verbote in Deutschland gar keinen Zweck. Das deutsche Volk sollte nicht informiert werden, weil die Militärpartei das nicht will. Das Verbot des „Vorwärts“ fällt ausgerechnet in die Zeit, in der hier eine Wänderung der Zensur besprochen wurde. Das Verbot des „Vorwärts“ ist unfernig und schikanös; in dem Artikel ist vermieden worden, vom Streik zu sprechen, aber man hat einfach den „Vorwärts“ bergewaltigen wollen. Das muß unter der Arbeiterschaft ungeheure Empörung auslösen.

Abg. Götthein:

In diesem Falle ist die Zensur wieder einmal mit traditioneller Ungeheuerlichkeit vorgegangen. Was in Berlin verboten wurde, wird in München erlaubt. Das Verbot ist die Sinnlosigkeit auf die Spitze. Die Wolff-Telegramme hat man zurückgehalten, so daß nicht einmal der Simultarbericht informiert werden konnte. Das Heranzugreifen eines einzelnen Organes einer besonderen Richtung war rigoros und kann gar bedauert werden.

Abg. v. Graefe (konj.)

findet das Verbot der Besprechung der Vorgänge in Oesterreich als peinlich. Man muß verlangen, daß das deutsche Volk objektiv unterrichtet wird. Die Rücksicht auf England war keineswegs angebracht. Das Auswärtige Amt hätte der Presse die Tatsachen mitteilen müssen, aber das Auswärtige Amt ist offenbar selber nicht informiert gewesen. Wenn aber das herangezogene Zensurverbot einmal erlassen war, dann kam man auch mit dem Verbot des „Vorwärts“ nicht herum, denn Verbote müssen schließlich beachtet werden. Ob andere Blätter auch so beachtet werden wie der „Vorwärts“, ist ihm nicht bekannt. Das Verbot war aber die Konsequenz der Zensurverfügung. Bedenklich sei es, daß Ebert und Scheidemann sich mit den Oesterreichern solidarisch erklärt haben. Das war eine Drohung in aller Form an den Kanzler, damit er den Wünschen der Sozialdemokraten in seiner Rede Rechnung zugehen lassen solle. Öffentlich lasse sich der Kanzler dadurch nicht beirren.

Abg. Trimbora (Str.):

Man könne versprechen, daß ein militärisches Interesse vorhanden war, ein Heranzugreifen der Sozialdemokratie auf Deutschland zu verhindern. Der Abschluß von allen Nachrichten muß aber nicht, weil im Gegenteil den letzten Verordnungen. Man hat in Deutschland bald bemerkt, daß man heranzugreifen angeordnet war, und das hat erst recht Heranzugreifen geschaffen. Der Artikel des „Vorwärts“ enthält gar nicht den Inhalt, unbekannter eine Drohung. Als Staatsanwalt würde ich sagen, der „Vorwärts“ hat mit dem Feuer gespielt. Zumindest wäre dringend zu empfehlen, das Verbot sofort aufzuheben.

Abg. Dr. Stresemann (nackl.):

Der Aufsatz des „Vorwärts“ hat den Eindruck gemacht, als ob viel schwerere Dinge in Oesterreich sich ereignet haben. Wenn Zensurverbote nachliegen, dann müssen sie beachtet werden, schon damit nicht eine Zeitung vor der andern bevorzugt wird. Deshalb hätten alle Zeitungen, die das Verbot übertreten haben, gefügt werden müssen. Eine scharfe Verwarnung hätte aber genügt. Wenn man die offenen Kanäle verstopft, dann entstehen die wildsten Gerüchte. Die Art, wie das Auswärtige Amt informiert wird, bedeutet geradezu einen politischen Niederbruch.

Abg. v. Camp (freikonsj.)

steht auf dem Standpunkt Grafes. Wenn der Streik in Oesterreich nur ein Hungerstreik war, dann hätte man das ruhig der Öffentlichkeit sagen sollen. Die Informationen des Auswärtigen Amtes beweisen, daß man mit diesem Personal nicht auskomme. General Hoffmann habe für sein Auftreten in Pest-Budapest des Medners volle Zustimmung.

Abg. Scheidemann:

Wir haben nicht geträut, sondern nur Feststellungen gemacht. Was steht denn in dem Artikel? Die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat ist doch selbstverständlich. Der Artikel konnte nur missverständlich werden, weil man von den Vorgängen in Oesterreich nichts wußte. Abgeordneter Stresemann scheint nicht zu wissen, daß man

der alldeutschen Presse alles gestattet

hat, der andern Presse aber selbst die Schwere verbot. Bisher hat die Zensur gewirkt, daß solche Artikel erscheinen sollten. Von der Redaktion des „Vorwärts“ hat niemand ein Wort davon gesagt, daß ein solcher Artikel in Vorbereitung sei. Der Redaktor ist mit keinem Worte gesagt worden, daß das Zensurverbot am Montag aufgehoben werde. Major Gran hat ja auch ganz offen zugegeben, daß man mit voller Absicht nur den „Vorwärts“ verboten habe. Das Kennzeichen dieses Verbot als eine Schikane. Wo sind in dem Artikel militärische Interessen gefährdet? Man läßt auch jetzt noch keine Nachrichten durch, wenn sie vielmehr

ernannt unter Zensur

unter diesen Umständen hat die Aufhebung des Zensurverbots gar keinen Sinn. Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht auf den Gedanken kommt, daß erst andre Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Rechte zu seiner Geltung verhelfen kann.

Unterhändlersekretär v. d. Busche

nimmt das Auswärtige Amt gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz. Es sei nichts verfaßelt worden, um Informationen zu erhalten.

Abg. Dr. Cosin:

Das Verbot des „Vorwärts“ ist nicht haltbar, ganz abgesehen davon, daß eine handelsrechtliche Ungerechtigkeit vorliegt. Bis jetzt hat man noch immer nicht gesagt, welche Motive eigentlich für das Verbot des „Vorwärts“ maßgebend gewesen sind. Daß das Auswärtige Amt nicht genügend Material erhalten habe, sei ungläubhaft. Soeben habe die Zensur auch den Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ vom Dienstag vorzeitig verboten. Der Ausschuss müsse Stellung nehmen gegen das Oberkommando in den Marken.

Abg. Geine:

Das Auswärtige Amt hat hier völlig versagt; was hier mitgeteilt wurde, ist offenbar nicht die Wahrheit. Wir müssen Aufklärung bekommen über Entwicklung und Verlauf der Bewegung in Oesterreich. Geht denn nicht jeden Tag ein Kurier nach Wien und umgekehrt nach Berlin? Man darf den Reichstag nicht mit ein paar nichts sagenden Telegrammen abspeisen. Die Zensur legt es darauf an,

das deutsche Volk irreführen,

und das ist ein Mißbrauch der Zensur. Was hat der Streik in Oesterreich mit den Interessen der Kriegsführung zu tun? Abgeordneter Trimbora hätte keine Ausfühungen nicht machen können, wenn er das Zensurverbot gelesen hätte. In dem ganzen Artikel des „Vorwärts“ ist auch keine einzige Rede über den Streik enthalten. Der Artikel hätte bei der Zensur keinen Anstoß erregt, wenn sie nicht auf irgendeine Weise auf ihn aufmerksam gemacht worden wäre. Der innere Grund zu dem Verbot ist, den Willen der Mehrheit des Reichstags zu durchkreuzen.

Major Gran

wendet sich gegen Scheidemann. Schwermiegende Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur ihre Schuldigkeit nicht tut. Die Zensur muß die Mittel haben, ihren Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Die Zensur treibe keine Schikane, man habe den Auftrag des „Vorwärts“, den Artikel zu bringen, auf ganz legale Weise Kenntnis erlangt. Der „Vorwärts“ werde demnach nicht, noch falls wieder erscheinen.

Abg. Dose

besteht ebenfalls den Mangel an Nachrichten über die Vorgänge in Oesterreich. Man muß verlangen, daß jeden Tag genaue Berichte veröffentlicht werden, aber nicht etwa nach dem Grundsatz: „Gegen Demokraten helfen wir Soldaten.“

Abg. Dr. Dösch:

Die Aufhebung der Aufhebung des Verbot des „Vorwärts“ bietet einen gewissen Erfolg der Debatte. In der Zeit ist jetzt der Belagerungszustand ausgerufen worden. Dieses Beispiel sollte ernstlich zum Nachdenken anregen.

Wiedergeborene (Liberal, Kiewitz): Ich bitte die Regierung, die Frage einer Aenderung im Oberbefehl in Frankreich in Erwägung zu ziehen.

G. V. France (Liberal, Moeck): Es wäre zu wünschen gewesen, wenn der Ministerpräsident die ideale Seite des Krieges eingehender behandelt hätte. Im übrigen aber muß anerkannt werden, daß der Ton seiner letzten Rede würdevoller war als der seiner früheren Reden, wo er die Strafen von Hundstämpfen und Bogenmaßes gebraucht hat.

H. L. Duthoit (Imperial, Gentz): Ich stimme mit dem deutschen Staatsmann überein, der gesagt hat, daß nur Elend, Not und Hunger dem Frieden im Wege stehen. Ich fürchte, daß solange Gebietsfragen die Oberhand haben, der politische Wert des Krieges nicht zu seinem Rechte gelangen wird.

Lebensmitteldemonstrationen in England

Nach einer über die Schweiz kommenden Meldung hat die Lebensmittelknappheit in Manchester am 16. Januar bemerkenswerte Kundgebungen hervorgerufen. Am Vormittag um 11 Uhr legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der acht größten Munitionsfabriken im Openshaw- und Gorton-Distrikt die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um die nationale Zwangsrationierung mit einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen. Die Zeitungsberichte betonen, daß die Kundgebung um so eindrucksvoller war, als sie in völliger Ordnung und ohne Zwischenfall verlief.

Eine aus 16 Personen bestehende Abordnung trug dem Oberbürgermeister die Beschwerden der Arbeiterschaft vor, die sich hauptsächlich gegen die ungleichmäßige Verteilung des Fleisches richteten und den Argwohn bekundeten, daß seitens der Spekulanten eine künstliche Knappheit hervorgerufen werde. Ein Mitglied der Abordnung versicherte, die Arbeiter hätten nunmehr die Grenze dessen erreicht, was sie aushalten könnten; sie vermöchten nicht bei trockenem Brote täglich 14 Stunden zu arbeiten, sie würden vielleicht sich selbst, keinesfalls ihre Kinder auf dem Altar des Nahrungsmittelwunders opfern. Der Oberbürgermeister sagte zu, sein möglichstes zu tun, um Abhilfe zu schaffen. Er sandte Rhonda einen telegraphischen Bericht über die Kundgebung.

Eine weitere 100 000 Personen umfassende Veranstaltung gegen die ungleiche Lebensmittelversorgung wurde von den Manchester- und Salford-Gewerkschaften für nächsten Sonnabend morgen beschlossen.

Vom Hilfsdienstgesetz.

Die Bundesratsverordnung vom 13. November v. J. betreffend weitere Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den bürgerlichen Hilfsdienst (die neue Wehrverordnung) ist vielfach mißverstanden worden. Nach der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917, die denselben Gegenstand betraf, hatte sich die nun nicht mehr landsturmpflichtigen Personen zu melden, und auch von diesen war eine größere Anzahl ausgenommen. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß diese Ausnahmeregelungen häufig falsch verstanden worden waren, indem die Meldepflicht mit der Hilfsdienstpflicht selbst verwechselt wurde, und daß infolgedessen zahlreiche Meldepflichtige sich zu Unrecht nicht gemeldet hatten. Um nun den Einberufungsausstellungen, denen bisher nur ein sehr lächerliches Material zu Gebote stand, einen möglichst zuverlässigen Ueberblick über die Zahl der sich in ihrem Bezirk aufhaltenden Hilfsdienstpflichtigen zu geben, erlassen die Anordnungen einer abermaligen Meldung, wie sie durch die erwähnte Verordnung vom 13. November v. J. erfolgt ist, erforderlich.

Hierin also in der nochmaligen Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen erachtet sich die Bedeutung der Verordnung. Ein sachliche Veränderung der Hilfsdienstpflicht, insbesondere eine Erweiterung der im Hilfsdienstgesetz ausgesprochenen Pflichten, konnte durch die Bundesratsverordnung nicht beabsichtigt sein. Es kann also keine Rede davon sein, daß diejenigen Personen, die sich auf Grund der Verordnung zu melden haben, nunmehr alsbald damit rechnen müssen, alsbald zu einer andern Beschäftigung als ihrer bisherigen herangezogen zu werden; vielmehr kann grundsätzlich jeder der bereits im Hilfsdienst steht, seine bisherige Beschäftigung beibehalten. Es bleibt insbesondere dabei, daß nach der bekannten Bestimmung des § 2 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes solche Personen, welche vor dem 1. August 1916 in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, überhaupt nicht zu einer anderweitigen Hilfsdienstbeschäftigung herangezogen werden dürfen, und daß auch im übrigen Land- und Forstwirtschaft aus ihrer bisherigen Beschäftigung nur herausgenommen werden dürfen, wenn sich der Betrieb als überflüssig herausstellen sollte, was ja bei der Lage der Land- und Forstwirtschaft nur ganz ausnahmsweise der Fall sein wird.

Diese Grundsätze gelten bereits für die frühere Wehrverordnung vom 1. März 1917; durch die neue Verordnung wird an ihnen nichts geändert.

Notizen.

Aus dem Reichstagen Abgeordnetenhaus. Das Reichstagen Abgeordnetenhaus hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Ein Antrag des (Re.) über die Regierung erlucht, Maßnahmen insbesondere für die Volkshäuser zu treffen, durch welche die Aufnahme bei höheren Schulen den Volksschülern unter nicht ungünstigen Bedingungen ermöglicht wird, falls den Vorschülern gelangt in der Kommissionssitzung zur Annahme. Ein weiterer Antrag bezog sich auf die Regelung des Halbleinberwesens. Der Beschluß des Hauses lautet, die Regierung zu ersuchen, eine gezielte Regelung des Halbleinberwesens herbeizuführen, durch die eine einwandfreie Pflege und Erziehung der Halbleinder gewährleistet wird. Schließlich trat das Haus noch in die Beratung der Anträge betr. Wiederaufbau des Handwerks nach dem Kriege ein und verlegte sich dann auf Mittwoch.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin. Wolff meldet amtlich: Zu militärischem Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser sind Hindenburg und Ludendorff heute früh in Berlin eingetroffen.

„Deutschböhmern.“ Bei dem Wiederzusammentritt des österreichischen Abgeordnetenhauses gaben die deutschnationalen Abgeordneten Böhmens die Erklärung ab, sie wünschten die Loslösung der deutschen Teile des Königreichs Böhmen und die Vereinigung dieser Teile zu einer selbständigen österreichischen Provinz „Deutschböhmern“.

Ein Millionenprozeß gegen den rumänischen Staat. Beim Landgericht 1 Berlin ist gegen den rumänischen Staat eine Klage auf 66 Millionen Mark anhängig gemacht worden. Ende 1914 versuchte die rumänische Regierung Kriegs- und sonstiges Material aus dem neutralen Ausland zu bekommen. General Jibescu vom rumänischen Kriegsministerium ernannte zwei Einkaufskommissionen, von welchen die eine nach Wien, die andere nach Italien ging. Auf Grund von Verhandlungen mit der Wiener Kommission bildete sich unter dem jetzigen Kaiser, Direktor Nielsen, ein Syndikat, das sich aus den ersten kaufmännischen Vertretern Deutschlands und mehrerer neutralen Staaten, die dadurch Gelegenheit erhalten sollten, Getreide aus Rumänien durch Deutschland einzuführen, vor allem Schweden und Dänemark, zusammenschloß. Nach Verabreichung langwieriger, mühevoller und kostspieliger Vorarbeit gelang dem Syndikat im Frühjahr 1915 der Abschluß eines Vertrags mit der rumänischen Regierung, der Waren umfänge von mehr als 400 Millionen zum Gegenstand hatte. Der Vertrag wurde von Bratiani unterzeichnet und mit Unterstützung von amtlichen Stellen die zugewiesenen der rumänischen Regierung zu hinterlegende Summe von 1 750 000 Reichsmark geleistet. Kaum war dies geschehen, so setzten die Gesandten der Entente, die in der Verfertigung des Vertrags einen großen wirtschaftlichen und politischen Erfolg für den deutschen Gesandten von dem Busche sahen, alle Hebel in Bewegung, um seine Erfüllung zu verhindern und Bratiani zum Vertragsbruch zu verleiten. Die Agenten arbeiteten nicht vergebens. Bratiani suchte mit allerlei Ausflüchten den Vertrag hinzuziehen und erklärte schließlich kurz vor Kriegsbeginn, daß er die Erfüllung verweigere. Da die rumänische Regierung in Berlin Vermögen besitzt, ist Berlin als Klageort gewählt.

Ministerrücktritt in England. Amtlich wird durch Reuters Bureau mitgeteilt, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist. Der Rücktritt dieses Hauptkriegsredners, dieses obersten Vertrauensmannes der britischen Imperialisten, ist natürlich für England ein politisches Ereignis von Gewicht. Daß es auf die Kriegsstimmung drücken könnte, wird offenbar in den Kreisen der Regierung angenommen, und so ist alsbald ein amtlicher Kommentator des Rücktritts ausgegeben worden, der besagt, der Rücktritt sei keineswegs eine Folge von Unstimmigkeiten mit dem Kriegskabinet über die Kriegsführung. Das Rücktrittsgesuch war in äußerst freundschaftlicher Form abgelehnt. Carson wünschte lediglich der Regierung freiere Hand bei der Behandlung der irischen Angelegenheiten zu geben.

Holländischer Schiffsraum für die Entente. Dem Reuterschen Bureau zufolge meldet die „Times“, daß die Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen Vertretern der niederländischen Regierung und der alliierten Regierungen über die Ueberlassung niederländischen Schiffsraums an die Alliierten und die Ausfuhr von Lebensmitteln und andern Bedarfsartikeln nach Holland geführt werden, zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sind.

Belundungsbericht. Das Oberkommando in den Ardennen hat das Erscheinen des Berliner Tageblattes bemerkt.

Die Stimmung in Paris. Der „Moniteur“ berichtet über die Caillaux-Affäre. Aus den Verhandlungen in der Kammer wie aus den Meinungsäußerungen der französischen Presse geht hervor, daß die Affäre Caillaux ein sehr ernstes politisches Problem ist, viellecht der ernsteste in der Geschichte der dritten Republik. Unter Paris Korrespondenten berichtet, daß die Jagd auf Verräter fortgesetzt wird, ein Abgeordneter verlangte sogar, daß Briand in Anklagezustand versetzt würde, weil er im August deutsche Vorschläge entgegengenommen habe, ebenso Denys Cochin usw. Andre verlangen wieder, daß man den sozialistischen Führern wegen Aufreizung zur Rebellion den Prozeß mache. Ein sozialistischer Abgeordneter verlangte die Todesstrafe gegen alle, die seit August 1914 sozialistische Gedanken geäußert haben; und der Vorschlag, sogar gegen private friedensfreundliche Meinungsäußerungen gerichtliche Vorzugehen, wurde vom Justizminister Clemenceau gebilligt. Das ist die Atmosphäre, die Clemenceau durch seine Verfolgung Caillaux geschaffen hat. Die Anklage, gegen die sich der frühere Minister des Innern Malby vor dem Senat als Ausnahmegerichtshof zu verantworten hat, geht dahin, Malby habe auf dem Gebiet der französischen Republik bei der Ausübung seines Amtes als Minister des Innern 1. dem Feind über militärische und diplomatische Pläne Frankreichs, besonders über die Operationen am Chemin des Dames, Auskunft gegeben; 2. den Feind durch Verurteilung von Militärmeutereien begünstigt.

Französische Vorstöße.

W. L. B. Großes Hauptquartier, den 23. Januar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Somme lebte die Gefechtsstätigkeit wieder auf. Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Souain und nordöstlich von Avocourt folgten harter Feuerkampf französische Vorstöße. In heftigen Nachkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Einige Infanterie-Abteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Graben und kehrten mit einer Anzahl Gefangene zurück. Zwischen Beaumont und Ornes nahm die Artilleriestärke am Abend zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Schlacht in der Ukraine.

W. L. B. Petersburg, 23. Januar. (P.T.A.) Die von Charlow nach Poltawa abgeordneten Abteilungen des Sowjets lieferten eine Schlacht gegen die Truppen der Wada von Kiew. Die Truppen der Wada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen des Sowjets. In der vereinbarten Sitzung der Soldaten, Arbeiter und Bauernräte wurden die Vertreter des Ausführenden Zentralausschusses von Charlow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.

Geheimtagung in Schweden.

W. L. B. Stockholm, 22. Januar. Wie das Schwedische Telegrammbüreau meldet, wird die Regierung in der Montagtagung unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Reichstag gewisse Mitteilungen über die Handelspolitik machen. Vielleicht wird auch die Handelsfrage behandelt werden.

Grundstück
mit Garten und Stallung zu kaufen gesucht. Offerten unter B 1597 an die Exped. d. Bl.

Arbeitsmarkt
für Haus- und Gartenarbeit. Offerten unter B 1607 an die Exped. d. Bl.

Geübte Mädchen für Buchbinderei und Buchbinder
(auch für Abendstunden) sucht Schlutius, Oberländer Straße Nr. 66.

Geübte Buchbinderei-Arbeiterin
für dauernd gesucht. 215 Robert Meyer, Buchbinderei, Große Zandstraße 2.

Herr oder Dame
als Helfer sucht sofort gesucht. Offerten unter B 1600 an die Exped. dieses Blattes. 1600

Stenographen und Buchhalter
für dauernd gesucht. 215 Robert Meyer, Buchbinderei, Große Zandstraße 2.

Lehrling
für dauernd gesucht. 215 Robert Meyer, Buchbinderei, Große Zandstraße 2.

Sucht. Monteur
für sofort in dauernde Stellung gesucht. Erfahrung in Hochspannungs-Anlagen erwünscht. 263

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Magdeburg, Kaiserstraße 65.

Tüchtige Kupferschmiede
für Montage u. Werkstatt sof. gesucht
Gustav Renter & Sohn
Stassfurt-Leopoldshall.

Antiker Geh. Heilmann
Freie Str. 2-5

Lehrling
für dauernd gesucht. 215 Robert Meyer, Buchbinderei, Große Zandstraße 2.

Lehrling
für dauernd gesucht. 215 Robert Meyer, Buchbinderei, Große Zandstraße 2.

Heizer f. Lokomobile
suchen ein 1611
Schmidt, Lübke & Co.
Morgenstraße 11.

Dachdecker und Arbeiter
sucht
Dachdeckermeister Karl Raute
Knochenhauerstraße 82.

Rutscher
sucht
Albert Hitzeroth & Co.
Zimmerei, Vaugeoisstr., Dampfstraße- und Gabelstr., Magdeburg-Südendorf.

Ein kräftiger Arbeitsbursche
für sofort gesucht. 1601
Gesellschaft für Rohrleitungs-Artikel
Magdeburg, Rottstraße 12a.

Arbeiter
für sofort gesucht. 1601
Gesellschaft für Rohrleitungs-Artikel
Magdeburg, Rottstraße 12a.

Arbeiter
für sofort gesucht. 1601
Gesellschaft für Rohrleitungs-Artikel
Magdeburg, Rottstraße 12a.

Ein Zigarrenmacher u. Wirt
maderin gesucht Weinberg 45. 1631

Pflichter auf Pianos
sucht ein 1611
Robert Ecker
Bismarck- und Pianoshandlung, Viktoriastraße 15.

Kausdiener
Franz Vorreyer
Breitstraße 154.

Dreher-Lehrlinge
1 jäh. Arbeitsburschen such
ein 1601, Wirtshaus-Gasse
Nr. 10, 3. St. u. d. etdr. Gasse.

Müllerlehrlinge
Suche achtbarer Eltern, welche
Söhne haben, die Lust zu erlernen
haben unter günstigen Bedingungen
zu einem eingezahlt werden.

Gärtner-Lehrlinge
Suche unter günstigen Bedingungen
ein 1601, Wirtshaus-Gasse
Nr. 10, 3. St. u. d. etdr. Gasse.

Magazin-Verwalter
event. Kriegsbeschädigter zum sofortigen Antritt gesucht. Gelehrter Schlosser bevorzugt.

Mitteldeutsche Motoring-Gesellschaft m. b. H.
Magdeburg-Südendorf, Dickerstraße.

Träger oder Trägerinnen
Suche 1615
Scharrer & Knüppel, Kohlenhandlung
Magdeburg-Südendorf, Dickerstraße.

Sackträger
werden sofort eingestellt

Zuckerraffinerie Magdeburg
180 Aktien-Gesellschaft
Magdeburg, Halberstädter Straße 16.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 20.

Magdeburg, Donnerstag den 24. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 23. Januar 1918.

Der Hausbesitzerverein denunziert.

Er hat damit einen Fleck politischer Moral erreicht, der eigentlich für ihn ganz natürlich ist. Seine glänzende Führung und seine vorliegenden Forderungen könnten zu keinem andern Ergebnis führen. Aber vielleicht entwickelt er sich in dieser Richtung noch weiter. Daß Starck, der wilde Vertreter der Hausbesitzerinteressen, Vorleser des Mietminderungsamts war, konnte auch nicht aufrechterhalten bleiben. Trotzdem es Stern, der Führer der Rechten im Stadtparlament, befohlen hatte. Der Mietvertrag verfährt nicht nur gegen die guten Sitten, sondern auch gegen jede Vernunft, er ist das Ergebnis einer überproduktiven Phantasie. Gegen Vernunft und soziale Notwendigkeiten konnte der Hausbesitzerverein nicht einmal mit Unterstützung des Stadtv. Stern aufkommen, beide sind besiegt: Der Mietvertrag wird auf Ersuchen des stellvertretenden Generalkommandos ungültig und Starck legt sein Amt nieder — mehr der Not gehorchend als dem eignen Triebe.

Nun richtet sich die Wut der Unterlegenen gegen die Zeitungen, die allgemeine Interessen wahrgenommen haben gegen die Forderungen der Hausbesitzer. Man fühlt sich zu ohnmächtig und schwach zu eigener Hilfe und sucht darum Unterstützung bei Behörden. In seiner Wut hat man folgende Denunziation in der Versammlung des Hausbesitzervereins am Montag beschlossen:

Die außerordentlich stark besuchte Generalversammlung des Magdeburger Hausbesitzervereins protestiert gegen die anreizenden, den Bürgerfrieden störenden Artikel des „General-Anzeigers“ und der „Volksstimme“ und bittet das stellvertretende Generalkommando um entsprechende Maßnahmen.

Die Führer vom Hausbesitzerverein ahnten bei der Abfassung dieser feinen „Entschuldig“ gewiß nicht, welche gute Aufklärungsarbeit sie damit geleistet haben. Man klagt über die Artikel, die den Bürgerfrieden stören. Niemals wird eine öffentliche Klage mehr Berücksichtigung finden als eben diese. Der Hausbesitzerverein hatte sich die Sache so nett ausgedacht und wollte die geeignete Zeit des Bürgerfriedens so gut benutzen. Der Mietvertrag wird festgesetzt, die Zeitungen dürfen nicht kritisieren, denn es ist Bürgerfrieden, die Behörden lassen es nicht zu, wir bekommen die Mieter in die Zwangsjacke, ohne daß ein Haß danach kräht. Nun stimmte die Mehrheit nicht, zwei Zeitungen, der „General-Anzeiger“ und die „Volksstimme“ haben doch dagegen geschrieben, die Arbeiter- und Mieterorganisationen haben dagegen gewirkt und die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ließ nicht locker in ihren Bemühungen, die Dinge zu ändern. Das waren natürlich alles Verdrehen.

Man kann sich ausmalen, wie enttäuscht schließlich der Stadtverordnete Starck über diesen Bürgerfrieden sein mußte. Er hat ihn sich doch immer so vorgestellt, daß er in der Hausbesitzer-Zeitung nach Geizhalsen schmähen konnte auf die Not und ihre schlimme Stellung, die „Volksstimme“, aber niemals konnte sich sein hartnackiges Gemüt damit abfinden, daß auch die „Volksstimme“ sich wehren und die Rechte der Mieter vertreten dürfte. Er und der Hausbesitzerverein haben nun eine bittere Erfahrung gemacht, und sie wissen kein andres Mittel der Hilfe als eine Denunziation.

Die Auffassung Starcks über den Bürgerfrieden zeigte sich auch wieder in seiner Eröffnungsrede am Montag. Es war eine Rede gegen die Sozialdemokratie, wie sie in den glorreichsten Zeiten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nicht wider gehalten werden konnte. Selbst Starck, der früher allerlei leistete, hat selten mit solch krankhaft anmutender Festigkeit den roten Lappen geschwungen. Und das spricht vom Bürgerfrieden!

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson.

Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Sarjen. (8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

4. Und dann war es wieder Montag morgen, und es regnete in Strömen. Ich aß in aller Eile eine Kleinigkeit, trank eine Tasse Kaffee, schloß mein Zimmer ab und eilte in die Stadt, um mich nach Arbeit umzusehen.

Ich hatte nun schon so viel gelernt, daß ich mich nur noch um Arbeit bewarb, wenn in der Anzeige zugleich auch die Adresse angegeben war; Briefe schrieb ich überhaupt nicht mehr.

Ich bemühte mich, solange es irgend anging, doch eine Arbeit zu finden, bei der ich wenigstens fünf Dollar in der Woche verdienen hätte. So viel mußte es mindestens sein, denn ich mußte von meinem Wochenlohn mein ganzes Leben bestreiten: Wohnung, Nahrung, Kleider und Kleider. Am Montag abend glaubte ich fast schon, das Glück sei mir hold gewesen. Ich tastete die Treppe zu meinem Zimmer hinauf und hörte in dem wiedererwachten Zimmer nebenan eine Schreibmaschine klappern. Als ich die Lampe angezündet hatte, entdeckte ich auf der Diele einen Brief, den der Briefträger unter der Tür hineingeschoben hatte. Er war von Mimi Blanton, die früher, sie habe eine Stellung als Agentin für eine große Korrespondenz gefunden und besuche nun die kleineren Städte in Kentland. Sie bat mich, ihr nach Portland zu schreiben, wo sie sich wahrscheinlich bis Ende der Woche aufhalten werde und ich sollte mich sofort nach dem Abendessen hin und schrieb ihr einen ausführlichen Brief.

Die ganzen folgenden Wochen lebte ich vorwärts halber nur noch von Butterbrot und Kartoffeln.

Es wurden viele Arbeiterinnen von Tabakfabriken gesucht, und ich meinte, die Arbeit könne dort nicht sonderlich schwer sein, und es werde mir vielleicht gelingen, in einer

Für die Partei!

In erster Stunde rufen wir die Freunde einer freizeitlichen Entwicklung unsers Landes, die Freunde eines Friedens der Verständigung und Veröhnung der Völker auf, sich zusammenzuschließen. Wer Verständnis für die sozialistischen Ideale hat, wer den reaktionären Mächten im Lande energisch und erfolgreich Widerstand leisten möchte, der hat die Pflicht, sich unzerzückt der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Lassen wir allen Haß und Haß untereinander aus dem Spiele. Nur im vereinten Zusammenwirken der Kräfte wird das schaffende Volk im Kampfe gegen die Mächte der Reaktion obliegen.

Beitrittserklärungen für den Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Anhalt nimmt entgegen.

Hermann Weims, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg-Anhalt.

An unfre Mitglieder!

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Der Ansturm der Reaktion gegen unfre Partei wird von Tag zu Tag erster. Die Kriegsgewinnler lassen es sich etwas kosten, die einzige widerstandsfähige Partei, die sie fürchten, rechtzeitig mottuzusetzen. Wir rufen euch auf, durch Extrabeiträge die Partei in diesen ersten Tagen zu unterstützen. Laßt die Listen für die Extrabeiträge unter euch herumgehen; scheut nicht die geringe Ausgabe für Friede und Freiheit in Deutschland! Der Vorstand. J. A.: G. Weims.

Der verschwundene Wochenmarkt. Die Hoffnung vieler Hausfrauen, daß sich die Verhältnisse auf dem Wochenmarkt wieder etwas bessern würden, hat sich nicht erfüllt. War schon der Besuch des Marktes durch Händler vor Weihnachten ein minimaler, so hat er zurzeit so gut wie ganz aufgehört. Am heutigen Mittwoch waren ganze drei Stände vorhanden, die allerdings stark umlagert wurden. Um die selbstenen Kohle- und Möhrerüber rief man sich förmlich. Der Mangel an Gemüse macht sich immer empfindlicher bemerkbar, die Sorge der Frauen wegen der täglichen Nahrung wird immer größer.

Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 30. Dezember 1917 bis 5. Januar 1918 die Zahl der Geburten 37; der Lebendgeborenen (Vorwoche) 39 männliche, 35 weibliche, zusammen 74; der Gestorbenen 55 männliche, 53 weibliche, zusammen 113 (Vorwoche 50 männliche, 58 weibliche, zusammen 108), darunter Kinder im 1. Lebensjahr 6 männliche, 7 weibliche, zusammen 13 (Vorwoche 8 männliche, 6 weibliche, zusammen 14); die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten und zwar: Scharlach 1 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 40 (—), Unterleibstypus 2 (—), Kindbettfieber 4 (—), Ruhr 1 (—).

Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Fordert euch bei euren Fabriken und Behörden billige Vorzugskarten für die Kriegs-Eisbahn-Ausstellung.

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson.

5. Ich ging deshalb zum Abteilungschef in einer Fabrik, die eine ganze Anzahl Paketrinnen suchte.

Es war noch sehr zeitig am Morgen. Der Abteilungschef — ein junger Deutscher — fragte vor allem nach meiner Arbeitskarte, und da ich ihn ganz erstaunt anjah, da ich nicht begriff, was er meinte, drehte er mir ärgerlich den Rücken und ging davon.

Also weiter zur nächsten Fabrik, die Kleberinnen suchte. Das konnte nun wirklich nicht so schwer sein, dachte ich mir, und redete dann auch ganz tapfer auf den Vorarbeiter ein. Er fragte, was ich für eine Lehr durchgemacht habe, und als ich ihm sagte, ich hätte in einer Schule unterrichtet, drehte er mir ebenfalls den Rücken und ging seiner Wege, indem er antwortete: „Wir haben hier eine Tabakfabrik, nicht aber einen Kinderzarten.“

Ich hatte mir nun aber einmal in den Kopf gesetzt, daß ich in einer Tabakfabrik antommen wollte, denn die Arbeiter machten den Eindruck, als würden sie gut verdienen. Ich fand aber keine Stelle. Es wurde mir gesagt, daß ich wohl in einer Buchbinderei ein Unterkommen finden könnte. Ich eilte also nach Brooklyn Bridge, eine endlose, düstere Straße entlang, und suchte nach der Rosenstraße, einer wüßigen, schmutzigen Hinterstraße, in der eine Buchbinderei neben der anderen lag. Der ganze Johndamm war von großen Lastwagen versperrt, die hoch mit Papier beladen waren, das zu riesigen Bündeln zusammengebunden war.

Der Vorarbeiter in der Buchbinderei war ein sehr zuvorkommender Mann. Er konnte mich nicht vor Montag um siebenhalb Uhr in der Frühe gebrauchen; ein Paket beim hatte ich selbst mitzubringen. Er bot mir drei Dollar in der Woche, und ich griff zu, denn ich hoffte insofern, daß es mir im Laufe der Woche vielleicht doch noch gelingen werde, etwas Besseres zu finden.

Ein Kaufmann drüben in Brooklyn suchte zwei Expedientinnen; Vorkenntnisse nicht erforderlich. Er hatte eine kleine Garnhandlung, und nach langwierigen Verhandlungen mit Lindblom und Frau erklärten sie, daß ich bei

Sozialdemokratischer Verein. Eine außerordentliche Generalversammlung findet Sonntag den 27. Januar nachmittags 3 Uhr in der „Reichstr.“, Jakobstraße 42, statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Stadtverordnetenfraktion über ihre Tätigkeit, 2. Mitteilungen des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Ente Entwicklung des Eisenbahnerverbandes. Die Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes kann über gute Erfolge berichten. Die Mitgliederzahl ist im 4. Quartal 1917 von 880 auf 958 gestiegen. Also eine Zunahme von rund 280 in einem Vierteljahr. An Einnahmen verzeichnet der Bericht für das 4. Quartal 4583,97 Mark, mit einem Kassensstand aus dem 3. Quartal von 1017,97 Mark; die Gesamteinnahme 5601,67 Mark. An die Hauptkasse wurden 3016,72 Mark abgeschickt. Der Bericht der hiesigen Verwaltungsstelle zeigt, daß Magdeburg nicht zurückbleibt.

Widerwärtige Ausfälle. An fast allen Haltestellen der Straßenbahn spielen sich zu den Zeiten des besonders starken Verkehrs fortgesetzt die widerwärtigen Ausfälle ab. In den Mittagsstunden sowie zur Zeit des Geschäftschlusses am Nachmittag sammeln sich an den noch verbliebenen Haltestellen naturgemäß viel Menschen an. Kaum ist nun ein Wagen angekommen, dann wird der regelmäßig erfolgenden Aufforderung der Schaffnerin: „Erst absteigen lassen!“ zumeist nicht Folge geleistet. Die unten Gardenden bringen mit Ungehirn, um zunächst auf einen Perron und von da in den Wagen zu gelangen. Am Eingang zum inneren Wagen entfährt dann ein großes Gedränge zwischen denen, die absteigen wollen und denen, die aufsteigen sind und die alles daranlegen, den einmal eroberten Platz auch zu behaupten. Das führt dann wieder zu Auseinandersetzungen mit denen, die bei dieser Drängelei um ihre Führer angeht besorgt sind. Wenn nicht minuter ruhige und vernünftige Fahrgäste vorhanden wären, die freiwillig absteigen, um dadurch etwas Luft zu machen, warte es zuzeiten die schönen Kaufleute geben. Bedauerlich ist, daß es bei diesen Szenen fast immer das härtere Geschlecht ist, das von seinem Faustrecht den rücksichtslosesten Gebrauch macht. Am Dienstag spielte sich an der Haltestelle Ulrichs- und Kaiserstraße ein Vorfall ab, wo es bald zu Tätlichkeiten gekommen wäre. Dort war es einer bereits abgestiegenen jungen Frau nicht möglich, ihr Kind vom Wagen zu bekommen, weil mehrere Männer das Ertrüben bestieg hielten und allen Aufforderungen, doch einen Augenblick abzuwarten, einfach nicht Folge leisteten. Wenn nun schon die Verkehrsverhältnisse nicht die besten sind, dann sollen sie aber nicht noch durch derartige Ausfälle verschlechtert werden. Schließlich ist es doch wirklich kein Unglück, wenn einmal ein Weg, den man sonst gewohnt ist zu fahren, zu Fuß zurückgelegt wird.

Gehtöhlen wurden in der Nacht zum 21. d. M. aus einem Keller in der Gartenbergstraße Mäusen mit Rat- und Sachdemur, Krillasse, Apfel- und Johannisbeergelee, Gänselein, ein Eimer mit Käsebrat, mehrere Eier und ein größeres Einmacheglas; am 22. aus einer Wohnung in der Kleinen Ringstraße ein grauer Hirsch, zwei schwarze Leberzieher mit Samttragen, drei Fackeltanzgule (ein grauer, ein grünlicher und ein schwarzer), zwei schwarz und weiß gestreifte Hosen, vier Paar Schnürschuhe und 475 Mark bares Geld; aus einem Wohnwagen in der Rogauer Straße ein grünelippenförmiger Uster, ein dunkelroter Kugeln, ein Paar Schnürschuhe, eine braunlederne Mäntel, Hemden, Unterhosen, Strümpfe usw.; in der Nacht zum 23. aus einem Keller im Milchweg vier Dreipriemen.

Leichenlandung. Am 21. d. M. ist am linken Ufer der Stromelbe bei Budan die bereits fast in Verwesung übergegangene Leiche einer unbekanntem Frauensperson gelandet und nach dem mittlern alten Budauer Friedhof in der Schönebader Straße geschafft worden. Die Vorhobe kann zwischen 20 und 30 Jahre alt sein; sie ist etwa 1,65 Meter groß und hat anscheinend dunkelblondes Haar. Bekleidet war sie mit blauem Tuchmantel, daran Knöpfe vom gleichen Stoff, weiß und schwarz gemusterter Bluse, daran kleine schwarze Knöpfe, schwarzem geripptem Rock, halbländischen, schwarzen Strümpfen und weißleinenem Hemd mit kleiner Stickerei am Brustteil. An der linken Hand trug die Verstorbene einen Aluminiumring mit einem Herzen aus gelbem Metall, in dem sich zwei kleine weiße Steine befinden, und einen Ringfinger, in welchem oben ein Eisenkreuz und die Zahlen „14“ und „13“ graviert sind. Mitteilungen über die Person der Verstorbene erbittet die Kriminalpolizei.

ihnen eintreten könnte; Lohn dreieinhalb Dollar die Woche, Arbeitszeit von sieben Uhr morgens bis neun Uhr abends, am Samstag jeder Woche bis zwölf Uhr nachts.

Ich war auf alle Fälle entschlossen, bei Lindblom nicht bis in die Nacht arbeiten und zudem auch noch hungrig zu wollen.

Dann in meiner Zuckerfabrik. — Nur geübte Arbeiterinnen.

Um vier Uhr nachmittags hatte ich schon wieder zwei neue Stellen auf meiner Liste. Die eine war in einer Fabrik für künstliche Rosen. Ich kam in ein großes Geschäftshaus, das früher einmal elegant gewesen sein mochte, und trat in ein Zimmer, das ganz in den Glanz roter Rosen getaucht war, die auf allen Arbeitstischen und in großen Regalen aufgeschapelt lagen; aber nicht eine der blauen Arbeiterinnen erhob auch nur für eine Sekunde den Blick von der Arbeit, als ich eintrat. Jemandem dieser Mensch kam aus einem Nebenraum und fragte mürrisch nach meinem Begehre.

„Wir bezahlen für Anfängerinnen eineinhalb Dollar Lohn wöchentlich“, sagte er mit einem widerlichen Lächeln. Ich ging natürlich schweigend davon.

Die E. Springersche Fabrik bot einen angenehmen Gegensatz zu dem Rosenatelier. Ein stattlicher junger Mann hinter einem Glasverschlag sah von seinem Büchere auf, als ich eintrat. Er schien irgend etwas Wichtiges gesagt zu haben; das nicht für meine Ohren bestimmt war, denn die Buchhalterin und die zwei Maschinenschreiberinnen lachten und sahen neugierig nach mir herauf. Der Oberbuchhalter kletterte von seinem Schemel herab und kam mir freundlich entgegen; es war beinahe, als habe er bemerkt, daß ich ihm Beinen nahe war. Er fragte nicht erst viel, sondern hatte die eine der Schreiberninnen zum Inspektor und die andre zu der Direktrice, um zu hören, ob irgendeine Stelle frei sei. Die Direktrice war eine Dame von klugem und energischem Aussehen, hinter deren Brillengläsern ein scharfes Auge hervorleuchtete.

(Fortsetzung folgt)

